

# Senftenberger Anzeiger

Nachrichtenblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk,  
insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg  
Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 493 und 510, Ruhland 207,  
Ortrand 48, Lauterwerk 221



Tageszeitung für Stadt und Land  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden  
Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Laugstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubanns Buchdruckerei in Senftenberg, Ruhland und Ortrand - Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger  
Redaktion: Senftenberg, Laugstraße 19 - Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 - Fernruf: Baernwald 5011

126. Nr. 1933

erschienen einmal wöchentlich (außer Sonn- und  
feiertags). Bezugspreis: In den Geschäfts-  
stellen und den Buchhandlungen monatlich 20 Pf., einzelne  
Nummern je nach Umfang 10 und 15 Pf., Monats-  
karten 1.90 Pf. Durch den Bestellschein frei  
ins Haus geliefert monatlich 20 Pf. mehr, durch  
die Post freibleibend.

Donnerstag, den 1. Juni 1933

Anzeigenpreis: Die empfangene Wählere-  
liste oder deren Stamm 8 Pf., bei lokalen  
Ausgaben 6 Pf., für amtliche Auslagen 20 Pf.,  
im Restamt 60 Pf., Stellenangebote 4 Pf.,  
Anzeigen mit Kustentitelung oder Einzel-  
entnahme 20 Pf. mehr. Keine Anzeigenentgelte für  
Wörter zu entrichten.

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt, bei größeren und längeren Aufträgen sind besondere Ermäßigungen nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Vorzahlung innerhalb 10 Tagen gültig. Bei späterer Zahlung und bei Monatsraten erfolgt der Rabatt erst nach dem Abschluß der Abrechnung. Die Abrechnung erfolgt am 10. des Monats. Bei Anzeigen, die länger als 10 Tage in Anspruch nehmen, ist die Abrechnung am 10. des Monats zu erfolgen. Bei Anzeigen, die länger als 10 Tage in Anspruch nehmen, ist die Abrechnung am 10. des Monats zu erfolgen. Bei Anzeigen, die länger als 10 Tage in Anspruch nehmen, ist die Abrechnung am 10. des Monats zu erfolgen.

## Vertagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz. Doch Viermächtepakt!

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, auf einen weittragenden Beschluß für die weiteren Arbeiten der Konferenz. Danach wird das Präsidium nach dem Abschluß der ersten Lesung des Abkommensentwurfs, die voraussichtlich Mitte nächster Woche erfolgen soll, bevollmächtigt, die zweite, endgültige Lesung des Abkommensentwurfs vorzubereiten und einen endgültigen Vertragstext auszuarbeiten. Das Präsidium hat einstimmig beschlossen, entsprechend der deutschen Formulierung den englischen Abkommensentwurf nicht nur als Verhandlungsgrundlage, sondern als Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens anzunehmen. Weiter ist beschlossen worden, daß die Vorarbeiten des Präsidiums bis zum 27. Juni beendet sein sollen. Der Hauptaustausch verlagert sich nach dem Abschluß der ersten Lesung Mitte nächster Woche bis zu diesem Zeitpunkt.

Der Beschluß des Präsidiums wird dem Hauptaustausch am Donnerstag zur Bestätigung vorgelegt werden; er gilt in keiner Weise als eine Verzögerung der Konferenz. Vielmehr ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Konferenz weiter zusammenbleibe und die Arbeiten lebhaft in einer engeren zusammengefaßten Form der Verhandlungen allein durch das Präsidium verlaufen.

In knapp zwei Wochen wird die Wirtschaftskonferenz in London zusammentreten. Nach der übereinstimmenden Ansicht der führenden Mächte kann diese Konferenz nur zu einem Erfolg geführt werden, wenn in der heute im Vordergrund stehenden Frage eine Einigung und damit eine Entspannung der mit Konfliktstoffen überladenen Atmosphäre erzielt werden kann. Von der Genfer Abrüstungskonferenz ist vorerst in dieser Hinsicht nicht viel zu erwarten. Man hat zwar einen großen Teil der englischen Abrüstungsvorschläge durchberaten und verschiedene Kapitel verhandelt, in den Hauptfragen, die bis zur zweiten Lesung zurückgestellt worden sind, bestehen die Gegenstände jedoch unverändert weiter. Es ist nicht nur die Sicherheitsfrage, die Vereinheitlichung der Landwehre, die Materialfrage und die Abschaffung der schweren Angriffswaffen vollkommen offen. Sondern es haben sich neuerdings auch in der Marineteile Gegenstände gezeigt, die sogar die Londoner und Washingtoner Flottenabmachungen gefährden, und zwar bestehen diese Gegenstände nicht nur zwischen Frankreich und Italien, sondern es hat sich gezeigt, daß auch zwischen den angelsächsischen Mächten und Japan noch keinerlei Einigkeit über das Verhältnis der Flottenstärke zueinander besteht.

Da auch die privaten Besprechungen zwischen den Hauptmächten bisher ergebnislos geblieben sind, so kann natürlich nicht mehr die Rede davon sein, daß die Konferenz bis zum 12. Juni, dem Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz,

zum Abschluß gebracht werden kann. Es handelt sich jetzt nur noch darum, wie man die Konferenz mit einer möglichst planmäßigen Begründung auf einige Zeit vertagen kann. Hierbei war es natürlich naheliegend, die Londoner Konferenz vorzuschieben. Der Vorschlag ist von England ausgegangen. Da während der zwei- bis dreiwöchigen Hauptsprache der Weltwirtschaftskonferenz, so argumentierten die englischen Vertreter, die Anwesenheit der englischen Staatsmänner in London dringend erwünscht ist, muß die Genfer Konferenz solange unterbrochen werden. Dieser Ausweg hat natürlich bei allen Mächten, die nicht wegen der Abrüstung, sondern wegen der möglichst vollständigen Aufrechterhaltung ihres bisherigen Rüstungsstandes nach Genf gegangen sind, begeisterte Zustimmung gefunden. Für Deutschland ist diese „Lösung“ jedoch alles andere als annehmbar. Geht die Konferenz auseinander, ohne in den Hauptfragen zu einem Ergebnis oder zumindest zu einer grundsätzlichen Einigung gelangt zu sein, so wird es schwerhalten, die Konferenz

nach einer so langen Vertagung wieder zusammenzubekommen. An sich hätte Deutschland gegen eine kurzfristige Vertagung von höchstens einer Woche nichts einzuwenden. Aber die Konferenz für die Dauer der Londoner Wirtschaftsverhandlungen zu vertagen, läßt wenig ratsam, da dies ziemlich gleichbedeutend mit dem Scheitern der Konferenz wäre.

Unter diesen Umständen würde auch der jeht unmittelbar bevorstehende Abschluß des Viermächtepaktes kaum die erhoffte Entspannung bringen. Mussolini ging ursprünglich davon aus, durch den Viermächtepakt nicht nur eine günstige Atmosphäre für die Lösung der wirtschaftlichen Fragen, sondern auch die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß der Abrüstungsverhandlungen zu schaffen. Eine endgültige Beurteilung der Auswirkungen des Viermächtepaktes wird natürlich erst nach seiner endgültigen Fertigstellung möglich sein. Es heißt zwar, daß der Anspruch Deutschlands auf Revision und Gleichberechtigung gewahrt geblieben ist, aber die Bedingungen, die Frankreich hieran geknüpft hat, lassen die Aussichten für eine organische Verbindung zwischen der Eisenbahn und der Kraftverkehrsindustrie unter maßgeblicher Beteiligung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bergehen. Diese Bedingungen sind schließlich die nachteilige staatliche Förderung von zusätzlicher Produktion, insbesondere auch für den Export zum Ausgleich des Valutadumpings.

Es wurde beschlossen, eine Kommission unter der Führung des Reichsbankpräsidenten einzusetzen, die die mit diesem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Hauptfragen bearbeiten und insbesondere allein und autoritativ beantwortet sein soll, alle den Geld- und Kapitalmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überwachen, damit nicht Störungen des Geld- und Kapitalmarktes durch falsche Dispositionen und Eingriffe nichtverantwortlicher Stellen eintreten.

Das Reichsministerium verabschiedete endlich noch das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das eine grundlegende Neugestaltung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft eine wesentliche Erleichterung der Zinslast herbeiführt.

Die nächste Kabinettsitzung findet erst nach den Pfingstfeiertagen statt.

## Arbeitsbeschaffung!

Mehrständige Verhandlungen des Reichskabinetts

Amlich wurde in der Nacht zum Donnerstag mitgeteilt:

Das Reichskabinet beschäftigte sich gestern nachmittag in mehrstündigen Verhandlungen mit der Frage der Arbeitsbeschaffung. Verabschiedet wurde ein vom Reichsfinanzminister vorgelegtes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch das der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Arbeitslosigkeitsmaßnahmen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark zwecks Förderung von Installations- und Ergänzarbeiten an öffentlichen Gebäuden sowie an privaten Wohngebäuden und Wohnungen, ferner für vorläufige Kleinwohnungen, landwirtschaftliche Siedlungen, Flußregulierungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Tiefbauarbeiten und Gaslieferungen an Hilfsbedürftige auszugeben. Das Gesetz enthält ferner Bestimmungen über die Steuerfreiheit für Ertragsbeschaffungen, für eine freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, für die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und für die Förderung der Beschäftigung durch Ehestandsdarlehen.

Der Reichsanleger regte an, über die Vorschläge hinaus eigene großzügige Arbeitsprojekte beschleunigt in Angriff zu nehmen, und zwar in erster Reihe ein umfangreiches Bauprogramm für Hausreparaturen und Wiederbeseitigung einer großen Grundstücks- und Wohnungsnot im Zusammenhang mit einer Neuordnung auf steuerlichem Gebiet durchzuführen, ferner die Schaffung eines Netzes von großen Verkehrsstraßen, das den

Ansprüchen des neuzeitlichen Kraftverkehrs entspricht und produktive Auswirkungen im weitesten Umfange für die Kraftverkehrsindustrie und die Treibstoffindustrie zuläßt, wobei eine organische Verbindung zwischen der Eisenbahn und der Kraftverkehrsindustrie unter maßgeblicher Beteiligung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bergehen soll, sowie schließlich die nachteilige staatliche Förderung von zusätzlicher Produktion, insbesondere auch für den Export zum Ausgleich des Valutadumpings.

Es wurde beschlossen, eine Kommission unter der Führung des Reichsbankpräsidenten einzusetzen, die die mit diesem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Hauptfragen bearbeiten und insbesondere allein und autoritativ beantwortet sein soll, alle den Geld- und Kapitalmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überwachen, damit nicht Störungen des Geld- und Kapitalmarktes durch falsche Dispositionen und Eingriffe nichtverantwortlicher Stellen eintreten.

Das Reichsministerium verabschiedete endlich noch das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, das eine grundlegende Neugestaltung des landwirtschaftlichen Kreditwesens enthält und für die Landwirtschaft eine wesentliche Erleichterung der Zinslast herbeiführt.

Die nächste Kabinettsitzung findet erst nach den Pfingstfeiertagen statt.

## Polnische Unverschämtheit.

Aberfall auf einen deutschen Dampfer. — Hatentkruzflagge zerrissen und Fenster eingeworfen.

Der deutsche Dampfer „Solt“ der Hamburger Reederei Rux wurde kurz nach dem Einlaufen in den Slinger Hafen von einer großen Anzahl Polen mit Steinen beworfen. Als der Dampfer dann an einem der Ufer festgemacht hatte und später seinen Vizekapitän wechseln mußte, folgten ihm die Polen und erschufen ein erneutes Bombardement. Einer der Polen sprang an Bord des Schiffes und durchschnitt das am Hauptmast befestigte Seil, so daß die See- und die Hatentkruzflagge herunterfielen. Die Hatentkruzflagge warf der Pole an Land, wo sie vollständig zerrissen wurde. Polizeibeamte, die diesen Vorgang beobachtet hatten, entfernten sich.

Später ging dann der Kapitän der „Solt“ an Land und sorgte dafür, daß polizeilicher Schutz herbeikommt. Die Polen versprachen, die durch die Steinschleuderei verursachten Beschädigungen des Schiffes zu ersetzen und außerdem viele Fenster Scheiben in Trümmer — zu zerbrechen und ferner die neue Hatentkruzflagge zu bezahlen.

Zu dem Aberfall wird noch gemeldet, daß polnisch-jüdische Elemente die Menge aufgereizt und die Ausschreitungen veranlaßt haben. Der polnische Kapitän ließ sich, der nach dem Vorfall zu dem Kapitän Redlich von der „Solt“ kam, um sich zu entschuldigen, versuchte den Vorfall möglichst harmlos hinzustellen und die Sache durch Bezahlen der Flagge als erledigt zu betrachten. Der deutsche Kapitän lehnte diese Ansicht ab und erklärte, daß er

seiner Reederei unverzüglich Mitteilung von dem Vorfall machen müsse.

## Das NSDAP-Programm für Danzig.

Erklärungen des Gauleiters.  
Der nationalsozialistische Gauleiter in Danzig, Forster, führte in einer Rede u. a. aus: „Die Nationalsozialisten werden die Verfassung einhalten, denn es besteht gar keine Verfassung, sie zu brechen, weil die Partei ohnehin die absolute Mehrheit hat. Die Rechte der Ausländer werden selbstverständlich gewahrt werden. Wer sich aber Unrecht zuzufinden kommen läßt, wird anders behandelt werden als bisher.“

Die Ausrottung des Marxismus ist eine Selbstverständlichkeit.  
Die Nationalsozialisten werden sich nach Übernahme der Regierung von niemand in dieser Richtung Vorschriften machen lassen.

Auf außenpolitischem Gebiet werden die Nationalsozialisten keine Politik der Experimente und Gewaltakte machen. Sie wollen den Frieden mit den Nachbarn. Es ist eine Selbstverständlichkeit, die Verträge zu achten und anzuerkennen. Beide Teile haben Rechte und Pflichten, die Verträge einzubehalten.

Aus diesem Danziger Entwurf muß unter allen Umständen das Pulver entfernt werden. Dafür werden die Nationalsozialisten sorgen, ebenso wie dafür, daß der Friede gewährleistet wird.“

## Schwerer Zusammenstoß von zwei englischen Dampfern auf der Elbe.

Hamburg, 1. Juni. (Eig. Funkm.)

Am Mittwochabend kurz nach 11 Uhr kam es auf der Elbe infolge dichten Nebels zu einem schweren Zusammenstoß. Bei Tonne S in der Nähe der Mündung ließen die beiden großen englischen Dampfer „Stentor“ und der ausgehende Dampfer „Guilford Castle“ zusammenstoßen. Der „Stentor“ traf die „Guilford Castle“ am Steuerbordende am Vorschiff und rief ein gewaltiges, etwa zehn Meter hohes Loch in den Laderaum ein. Die „Guilford Castle“ begann sofort mit dem Vorschiff zu sinken. Während die Schiffsleitung versuchte, den Dampfer durch Aufstrahlung von dem völligen Sinken zu bewahren. Unten sich die Passagiere, die sich bereits zur Ruhe begeben hatten, in die Boote retten. Mehrere in der Nähe ankommende Schiffe eilten zur Hilfeleistung herbei. Zwölf Personen wurden von dem an der Unfallstelle eingetroffenen Bergungsdampfer „Sermes“ aufgenommen und später dem Buxierdampfer „Arldam“ übergeben, der sie am Donnerstagmorgen in Cuxhaven am Amerlabahn landete. Weitere achtzehn Passagiere wurden zunächst dem Engländer „Stentor“ übergeben, später aber durch den Seezeichen-Dampfer „Neunort“ ebenfalls in Cuxhaven gelandet. Die Passagiere, die sehr erschöpft waren, erzählten, daß sie sich gegen 10 Uhr abends zur Ruhe begeben hätten. Gegen 11.15 Uhr habe sie ein lautes Krachen aus dem Schiffe gehört. Da die Gefahr der Lage sofort erkannt worden sei, habe man alles darangesetzt, die Passagiere schnellstmöglich in Sicherheit zu bringen. Einige Passagiere hatten keine Zeit, sich noch genügend anzukleiden und mußten im Schlafanzug in die Boote. Erst an Bord wurden sie dann mit Decken versorgt.